



Prof. Dr. Burkard Steppacher ist Mitarbeiter der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung und Honorarprofessor für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln.

## KNIRSCHENDE KONKORDANZ

**PARLAMENTS- UND REGIERUNGSWAHLEN IN DER SCHWEIZ:  
KONZEPTLOSE KONSERVATIVE UNTERLIEGEN KONSENS-  
ORIENTIERTER BÜRGERLICHER MITTE**

*Burkard Steppacher*

Seit einigen Jahren sind Wahlen in der Schweiz richtig spannend geworden: Die Zusammenarbeit der traditionellen Regierungsparteien, die seit Ende der 1950er Jahren in einer übergroßen Koalition regieren, ist erkennbar in eine Krise geraten,<sup>1</sup> neue Parteien zogen ins Parlament und die über Jahrzehnte bestehende politische Konkordanz knirscht und hat sich verschoben. Es scheint dabei allerdings, dass diese Veränderungen noch nicht auf Dauer austariert sind.<sup>2</sup>

Alle vier Jahre wird in der Schweiz, einem der konstitutionell stabilsten politischen Systeme in Europa und weltweit, auf eidgenössischer Ebene das Parlament neu gewählt.<sup>3</sup> Die große Kammer (Nationalrat) besteht aus 200 Abgeordneten, die kleine Kammer (Ständerat) zählt 46 Mitglieder (zwei Ständeräte pro Kanton), wobei sechs so genannte „Halbkantone“ jeweils nur einen Ständerat bestimmen. Nachdem beide Parlamentskammern, die zusammen die Bundesversammlung bilden, neu besetzt sind, wird durch diese auch die siebenköpfige Landesregierung (Bundesrat) neu gewählt. Die Wahlen 2011 wurden mit großer Spannung beobachtet, hing davon doch eine mögliche Veränderung der Landesregierung ab.

- 1 | Vgl. Burkard Steppacher, „Die Krise der Konkordanz“, *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 2/2008, 19-22; Michael Hartmann, *Konkordanz in der Krise. Ideen für eine Revitalisierung*, Avenir Suisse, NZZ-Verlag, Zürich, 2011.
- 2 | Vgl. Wolf Linder, „Schweizerische Konkordanz im Wandel“, *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften*, Jg. 7, 2009 Nr. 2, 209-230; vgl. René Zeller, „Wo neue Blöcke sich erheben“, *Neue Zürcher Zeitung*, 31.12.2011, 23.
- 3 | Vgl. Burkard Steppacher, „Eigenwillige Eidgenossen“, *KAS-Länderbericht*, Oktober 2007, 1-4, <http://kas.de/wf/de/33.12281> [13.02.2012].

Abb. 1

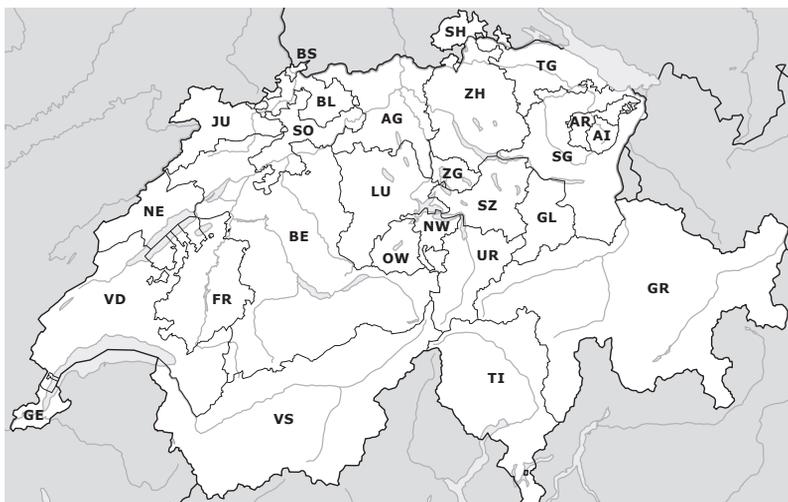
**Die Schweizerische Eidgenossenschaft und ihre Kantone**

Tabelle 1

**Zuteilung der National- und Ständeratsmandate 2011**

Kanton		NR	SR	Kanton		NR	SR
Zürich	ZH	34	2	Schaffhausen	SH	2	2
Bern	BE	26	2	Appenzell Innerrhoden	AI	1	1
Luzern	LU	10	2	Appenzell Ausserrhoden	AR	1	1
Uri	UR	1	2	St. Gallen	SG	12	2
Schwyz	SZ	4	2	Graubünden	GR	5	2
Obwalden	OW	1	1	Aargau	AG	15	2
Nidwalden	NW	1	1	Thurgau	TG	6	2
Glarus	GL	1	2	Tessin	TI	8	2
Zug	ZG	3	2	Waadt	VD	18	2
Freiburg	FR	7	2	Wallis	VS	7	2
Solothurn	SO	7	2	Neuenburg	NE	5	2
Basel-Stadt	BS	5	1	Genf	GE	11	2
Basel-Landschaft	BL	7	1	Jura	JU	2	2
<b>Summe</b>						<b>200</b>	<b>46</b>

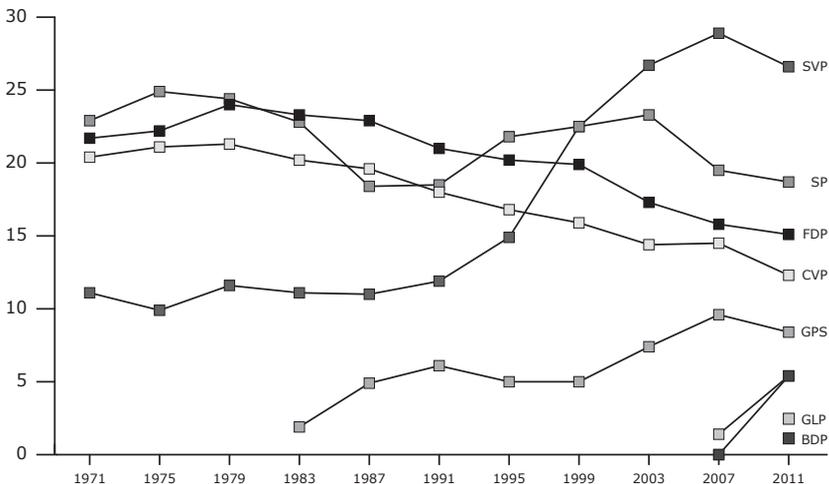
Quelle: Bundesamt für Statistik und eigene Zusammenstellung.  
Die Auflistung erfolgt gemäß der amtlichen Reihenfolge der Kantone.

## WAHLANALYSE 2011

Anders als bei den vergangenen Parlamentswahlen wurden im Herbst 2011 die politischen Flügel SVP sowie SP und Grüne nicht mehr stärker,<sup>4</sup> stattdessen bewegten sich die Wähler in die politische Mitte zurück.<sup>5</sup> Davon profitierten aber nicht die klassischen Mitteparteien FDP und CVP, sondern die beiden bürgerlichen Newcomer BDP und GLP, die fast aus dem Stand bei den Nationalratswahlen 2011 jeweils 5,4 Prozent der Wählerstimmen gewinnen konnten.

Abb. 2

### Wählerstärke der Bundesratsparteien im Nationalrat



Quelle: Bundesamt für Statistik, [http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/02/blank/key/national\\_rat/parteienstaerke.html](http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/02/blank/key/national_rat/parteienstaerke.html) [28.02.2012].

In den vergangenen 20 Jahren hatte die mittlerweile wählerstärkste schweizerische Partei, die nationalkonservative Schweizerische Volkspartei (SVP), mit ihrem Zuggpferd, dem Zürcher Milliardär Christoph Blocher, mittels EU-Kritik und gelegentlicher xenophober Ausfälle kontinuierlich zulegen können. Bei den Wahlen 2011 jedoch ist die SVP letztlich auf allen Ebenen gescheitert: Bei den Nationalratswahlen

4 | Vgl. dazu: Burkard Steppacher, „Schweizer Christdemokraten in der Zwickmühle. Wahlanalyse 2003“, *KAS-Auslandsinformationen*, 11/2003, 64-80, <http://kas.de/wf/de/33.3574> [13.02.2012].

5 | Zu den aktuellen Zahlen: vgl. Tabelle 2 und Abb. 4.  
Zu den Parteien und ihren Abkürzungen: vgl. Tabelle 3.

konnte sie trotz hoher, auch finanziell erheblicher Wahlkampfanstrengungen ihr bisheriges Spitzenresultat von 2007 (28,9 Prozent) nicht halten und erzielte nur mehr 26,6 Prozent der Wählerstimmen. Bei den Stichwahlen zum Ständerat unterlag sie mit ihren zumeist polarisierenden Kandidaten in nahezu allen Kantonen: Weder der Parteivorsitzende Toni Brunner noch der SVP-Fraktionsvorsitzende Caspar Baader noch der in Zürich mit großem Einsatz kandidierende ehemalige Bundesrat Christoph Blocher konnten sich mit ihrem Politikstil gegenüber anderen bürgerlichen Kandidaten durchsetzen, so dass die Medien in der Folge über deutliche innerparteiliche Kritik an der SVP-Führungsriege Brunner/Baader/Blocher („Triple B“) berichteten.<sup>6</sup> Schließlich scheiterte die SVP auch beim Kampf um die Wiedererlangung des verlorenen Bundesrats-sitzes bei der Gesamterneuerungswahl des Bundesrates im Dezember 2011 wegen unklarer Strategie und mangels eines überzeugenden mehrheitsfähigen Kandidaten.

Wie schon 2007 wurden der nationalkonservativen SVP auch 2011 nochmals ihre Grenzen aufgezeigt: Die Partei, die den Namen des Landes durchaus stolz vor sich her trägt und den politischen Gegner gerne „unschweizerischer“ Umtriebe bezichtigt, ist im Jahr 2011 mit ihrem unklugen und für eidgenössische Verhältnisse eher unüblichen undiplomatischen Konfliktkurs erneut gescheitert. Politische Erfolge erzielt man auch in der Schweiz besser mit Koalitionen und im Konsens als mit einem Vorgehen, das *à tout prix* mit dem Kopf durch die Wand will.

## STABILITÄT DES REGIERUNGSSYSTEMS

Strukturell weist das schweizerische Regierungssystem eine außergewöhnliche Stabilität auf, bei der seit Ende der 1950er Jahre vier Parteien (FDP/CVP/SVP/SP) in einer Dauerkoalition gemeinsam regieren. Der Freisinn (FDP) ist dabei, quasi als „Staatspartei“ der Eidgenossenschaft, schon seit der Gründung des Bundesstaats im Jahr 1848 ununterbrochen in der Regierung vertreten.

**Der Freisinn (FDP) ist, quasi als „Staatspartei“ der Eidgenossenschaft, schon seit der Gründung des Bundesstaats im Jahr 1848 ununterbrochen in der Regierung vertreten.**

6 | Vgl. „SVP-Basis wütend auf Triple B“, *Blick*, 12.12.2011; vgl. „Schelte für das ‚Triple-B‘-Regime der SVP“, *Neue Zürcher Zeitung*, 14.12.2011.

Die Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVP) ist – wenn auch anfänglich unter anderem Namen – mit 120 Jahren die historisch am längsten regierende C-Partei weltweit. Der durch die Bundesverfassung stets auf sieben Regierungsmitglieder begrenzte Bundesrat war seit 1959 zwischen den vier größten Parteien über Jahrzehnte unverändert nach dem Schlüssel 2:2:2:1 zusammengesetzt, wobei Sprache, Geschlecht und regionaler Proporz eine zusätzliche Rolle spielen. Nach diesem als „Zauberformel“ bezeichneten Schlüssel stellten FDP, CVP und SP je zwei Bundesräte und die ursprünglich kleine SVP bis Ende 2003 ein Bundesratsmitglied.

Ursache für die bemerkenswerte Stabilität des eidgenössischen Regierungssystems sind die direktdemokratischen Beteiligungsrechte, mit denen die stimmberechtigten Schweizer Bürger, die Stimmbürger, unabhängig von den Wahlen konkreten Einfluss auf politische Sachentscheidungen nehmen können. In Demokratien benötigt man üblicherweise

**Da nahezu alle Entscheidungen von Parlament und Regierung durch das Volk gekippt werden können, müssen die politischen Akteure vorab breitere Mehrheiten suchen.**

Mehrheiten, um politisch etwas zu bewegen. In parlamentarischen Demokratien genügt dafür zumeist eine Mehrheit von 51 Prozent Ja-Stimmen. In der Schweiz mit ihren direktdemokratischen Elementen reichen hingegen solch knappe Mehrheiten nicht aus: Da in der Eidgenossenschaft nahezu alle Entscheidungen von Parlament und Regierung durch das Volk gekippt werden können, müssen die politischen Akteure vorab breitere Mehrheiten suchen, um nicht von den Stimmbürgern desavouiert zu werden.

Wenn die Parteien unter diesen Bedingungen erfolgreich politische Projekte in Gesetzesform bringen wollen, müssen die entsprechenden Vorhaben auf einem breiten politischen Konsens gegründet sein. Da aber Projekte, die vom Bundesrat (Regierung) bzw. in den eidgenössischen Räten (National- und Ständerat) nur mit knapper Mehrheit beschlossen werden, erfahrungsgemäß im Referendum angefochten werden und dort tendenziell scheitern können, versuchen die politischen Akteure schon vorab, die Entscheidungen „referendumssicher“ zu machen. Dieser Mechanismus ist von seiner historischen Entstehung an erkennbar: Quasi im Gegenzug zur Stärkung der Volksrechte hat sich das nach 1848 ursprünglich freisinnig

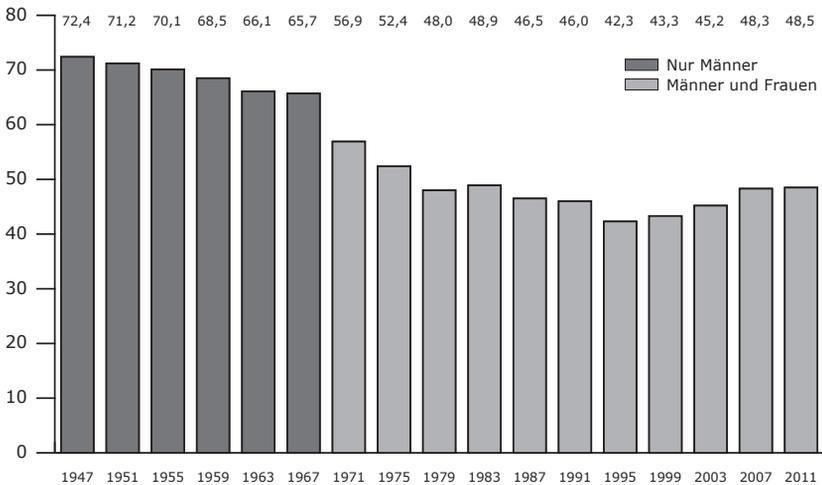
dominierte Regierungssystem des Bundesstaats innerhalb weniger Jahrzehnte schrittweise zu einer Konkordanzdemokratie entwickelt. Dementsprechend werden heute „referendumsfähige“ Gruppen regelmäßig in den Legislativprozess einbezogen, um dessen Erfolgchancen zu verbessern (zum Beispiel in Form der Beteiligung am so genannten Vernehmlassungsverfahren).

### STRUKTURELL NIEDRIGE WAHL- UND STIMMBETEILIGUNG

Die klassische Konkurrenzdemokratie wurde so durch die Einführung der Verfassungsinstrumente Referendum und Volksinitiative schrittweise zu einer Konsensdemokratie umgewandelt. Denn die mächtigste Opposition sitzt in der Schweiz nicht im Parlament, diese sind vielmehr die Stimmbürger.

Abb. 3

#### Wahlbeteiligung bei den Nationalratswahlen seit 1947



Quelle: Bundesamt für Statistik, [http://www.politik-stat.ch/nrw2007CHwb\\_de.html](http://www.politik-stat.ch/nrw2007CHwb_de.html) [13.02.2012].

Dies erklärt auch die strukturell niedrige Stimmbeteiligung bei Wahlen, die seit Jahrzehnten unter 50 Prozent liegt. Den Stimmbürgern stehen neben den Wahlen auch Initiativen und Referenden als politische Beteiligungsmittel zur Verfügung. Nachdem die Wahlbeteiligung in den 1990er

Jahren einen historischen Tiefpunkt erreicht hatte, ist sie in den letzten zehn Jahren wieder leicht angestiegen und lag bei der Nationalratswahl 2011 bei nunmehr 48,5 Prozent (vgl. Abb. 3).

Der immer wieder – von links wie von rechts – diskutierte Abschied von der „Zauberformel“ und der von manchen geradezu ersehnte Wechsel zu einer linken Regierungsmehrheit oder umgekehrt zu einer rein bürgerlichen Regierung ohne sozialdemokratische Beteiligung wäre aber angesichts der direktdemokratischen Verfassungsmechanismen zweifellos zum baldigen Scheitern verurteilt. Ähnliche Modelle blieben schon auf kantonaler Ebene ohne dauerhaften Erfolg. Da die eigentliche Opposition nicht im Parlament sitzt, sondern vielmehr der Stimmbürger an der Urne eine permanente Kontrolle ausübt, sind die Parteien trotz inhaltlicher Gegensätze „zur Konkordanz verurteilt“.

### AUFSTIEG UND KRISE DER SVP

Die Schweizerische Volkspartei (SVP), die Anfang der 1970er Jahre aus der zentristischen Bauern-, Gewerbe- und

**Durch und mit Blocher wurde die SVP neu aufgestellt und organisatorisch modernisiert. Ihre Politik wurde stärker personalisiert und zugleich inhaltlich zugespitzt, bis an die Grenze der Radikalisierung.**

Bürgerpartei (BGB) entstanden war, wandelte sich in den 1980er Jahren unter dem Einfluss des Zürcher Unternehmers Christoph Blocher zu einer prononciert nationalkonservativen Partei. Durch und mit Blocher wurde die Partei neu aufgestellt und organisatorisch

modernisiert. Ihre Politik wurde stärker personalisiert und zugleich inhaltlich zugespitzt, bis an die Grenze der Radikalisierung.<sup>7</sup> Neben der traditionell binnenwirtschaftlichen Orientierung der SVP traten andere Themen in den Vordergrund: Nach dem erfolgreichen Kampf gegen den UNO-Beitritt 1986 konzentrierte sich die Abwehrschlacht gegen eine Annäherung der Schweiz an die Europäische Union und für den Erhalt des „Sonderfalls Schweiz“.<sup>8</sup>

7 | Vgl. das umstrittene „Schäfchen-Plakat“ aus dem Wahlkampf des Jahres 2007: Drei weiße Schafe drängen ein schwarzes Schaf von der Schweizer Fahne, vgl. [http://rhetorik.ch/Aktuell/07/07\\_16/index.html](http://rhetorik.ch/Aktuell/07/07_16/index.html) [13.02.2012].

8 | Vgl. dazu Paul Widmer, *Die Schweiz als Sonderfall: Grundlagen, Geschichte, Gestaltung*, NZZ libro, Zürich, 2007, 8 ff.

Mit scharfer Kritik am europafreundlichen Kurs der anderen Regierungsparteien hat die SVP so schrittweise ihre Wählerbasis erheblich verbreitern können. Innerhalb von 20 Jahren entwickelte sie sich von einer Zehn-Prozent-Partei zur stärksten Partei der Schweiz. Es konnten neue Wählerkreise angesprochen werden, sowohl aus den anderen Regierungsparteien als auch vor allem aus kleinen Ein-Themen-Parteien, insbesondere am rechten Rand, deren Wähler keine Heimat bei den Volksparteien gefunden hatten. Von einer anfänglich nur in der reformierten Deutschschweiz verankerten Partei entwickelte sich die SVP von Wahl zu Wahl zu einer die Sprachgrenzen überschreitenden, landesweit agierenden Partei.<sup>9</sup> Sie erzielt dabei Erfolge sowohl in den traditionellen Stammländern der CVP, der katholischen Innerschweiz, bei enttäuschten Industriearbeitern in den Agglomerationen, als auch in der französischsprachigen Westschweiz, und dies gleichermaßen bei Wahlen wie bei Sachabstimmungen.

**Von einer anfänglich nur in der reformierten Deutschschweiz verankerten Partei entwickelte sich die SVP zu einer die Sprachgrenzen überschreitenden, landesweit agierenden Partei.**

### **BUNDESRATS-ABWAHLEN 2003 UND 2007**

So wurde die SVP Ende der 1990er Jahre zur stärksten Partei und forderte mit steigendem Nachdruck eine bessere Berücksichtigung in der Landesregierung – zunächst vergeblich. Nachdem die SVP bei den Nationalratswahlen 2003 aber erneut an Stimmen und Abgeordneten zugelegt hatte, wählte die Bundesversammlung mit der Bundesrätin Ruth Metzler von der inzwischen nur mehr viertstärksten CVP ein Mitglied aus der Landesregierung ab und stattdessen den SVP-Politiker Blocher als neues Mitglied in den Bundesrat. Die Abwahl eines Bundesrates ist für Schweizer Verhältnisse unüblich, wurde jedoch 2003 aus Gründen einer funktionierenden Konkordanz als unabwendbar angesehen.

9 | Vgl. zu den kantonalen Unterschieden: Hanspeter Kriesi et al. (Hrsg.), *Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich*, Zürich, 2005.

Tabelle 2

**Nationalratswahlen 2003-2011: Wähleranteile in Prozent und Mandatsverteilung nach Parteien**

Partei	2003	2007		2011		
FDP	17,3	36	15,8	31	15,1	30 (-1)
CVP	14,4	28	14,5	31	12,3	28 (-3)
SP	23,3	52	19,5	43	18,7	46 (+3)
SVP	26,7	55	28,9	62	26,6	54 (-8)
LPS	2,2	4	1,9	4	(FDP)	(FDP)
EVP	2,3	3	2,4	2	2,0	2 (-)
CSP	0,4	1	0,4	1	0,3	0 (-1)
GLP	k. K.	k. K.	1,4	3	5,4	12 (+9)
BDP	k. K.	k. K.	k. K.	k. K.	5,4	9 (+9)
PdA	0,7	2	0,7	1	0,5	- (-1)
GPS	7,4	13	9,6	20	8,4	15 (-5)
Sol.	0,5	1	0,4	-	0,3	-
FGA	0,5	1	0,2	-	k.K.	-
SD	1,0	1	0,5	-	0,2	-
EDU	1,3	2	1,3		1,3	-
FPS	0,2	-	0,1	-	k. K.	-
Lega	0,4	1	0,6	1	0,8	2 (+1)
MCR	k. K.	k. K.	0,1	-		1 (+1)
Sonstige	1,6	-	1,7		2,2	1 (+1)
Summe	100	200	100	200	100	200

k. K. – keine Kandidatur

Anmerkung: Durch den Fraktionswechsel einzelner Nationalräte können sich Verschiebungen gegenüber früheren Tabellen ergeben.

Dass der neue SVP-Bundesrat Blocher allerdings in den folgenden vier Jahren eher als „regierendes Oppositionsmitglied“ agierte denn als Mitglied eines Kollegialorgans, irritierte die anderen Mitglieder der Landesregierung nicht minder als die Parlamentarier. Bei den Parlamentswahlen

2007 konzentrierte die SVP ihren Wahlkampf ganz auf ihr Zugpferd Blocher und warb mit dem Motto „Blocher stärken! SVP wählen!“ Eine solche Personalisierung ist in der in dieser Hinsicht egalitären Eidgenossenschaft eher unüblich und wurde nicht nur von der Linken, sondern auch von bürgerlichen Politikern als geradezu „unschweizerischer“ Personenkult charakterisiert.<sup>10</sup>

Die Nationalratswahlen 2007 waren der Gipfelpunkt des SVP-Triumphs. Und die SVP-Politiker ließen dies ihre politischen Gegner durchaus spüren. Die SVP legte nochmals zu und hatte 62 der 200 Nationalratssitze errungen.<sup>11</sup> Aber in der Politik wird bekanntlich erst am Ende abgerechnet, insbesondere in der Schweiz. In ihrem Triumphgefühl hatten die SVP-Repräsentanten vergessen, dass man zur Sicherung von Erfolgen Bündnispartner braucht und diese nicht verprellen darf. Allzu selbstsicher ging die SVP-Spitze davon aus, dass das Parlament mehrheitlich die neue Konkordanz nicht gefährden würde und dass Bundesrat Blocher letztlich im Amt bestätigt werden würde.

In einer taktischen Meisterleistung gelang Ende 2007 eine parteiübergreifende informelle Absprache der Blocher-Gegner zur Wahl der konzilianteren Graubündner SVP-Politikerin Eveline Widmer-Schlumpf, die trotz scharfen Gegenwinds aus der eigenen Partei die Wahl annahm.<sup>12</sup> Die Wahl von Bundesräten gegen den Vorschlag der jeweiligen Parteileitung ist in der Schweiz keineswegs ein Novum. Vor allem die SP musste in der Vergangenheit wiederholt, wenngleich mit Murren, akzeptieren, dass die Bundesversammlung anderen als den vorgeschlagenen Sozialdemokraten den Vorzug gab. Die SVP allerdings schloss die unbotmäßige Politikerin samt ihrer Graubündener Kantonalpartei aus der SVP aus und trieb so letztlich auch den anderen SVP-Bundesrat Samuel Schmid ins Lager der dann neu gegründeten Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP). Die SVP hatte ihre eigenen Bundesräte verstoßen und war vorübergehend nicht in der Landesregierung vertreten.

10 | Vgl. „Couchepin kritisiert die SVP hart“, *NZZ Online*, 07.09.2007, [http://nzz.ch/nachrichten/politik/schweiz/aktuell/couchepin\\_komplott\\_blocher\\_gpk\\_1.551990](http://nzz.ch/nachrichten/politik/schweiz/aktuell/couchepin_komplott_blocher_gpk_1.551990) [13.02.2012].

11 | Vgl. Steppacher, „Eigenwillige Eidgenossen“, Fn. 3.

12 | Vgl. dazu die instruktive Dokumentation des Schweizer Fernsehens *SF DOK*, <http://videoportal.sf.tv/video?id=22511a99-296b-44d5-a726-3a1ef3bbb7fe> [13.02.2012].

Tabelle 3  
**Abkürzungen der Schweizer Parteien**

**Bundesratsparteien**

FDP	Freisinnig-Demokratische Partei
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz
SP(S)	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SVP	Schweizerische Volkspartei
BDP	Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz (Abspaltung von der SVP, 2008 gegründet)

**Nicht-Bundesratsparteien**

PdA	Partei der Arbeit der Schweiz
Sol.	SolidaritéS (Genf)
PSA	Partita Socialista Autonomo (Tessin)
POCH	Progressive Organisationen der Schweiz (bis 1993)
FGA	Feministische und grün-alternative Gruppierungen
GPS	Grüne Partei der Schweiz
GLP	Grünliberale Partei Schweiz (Abspaltung von der GPS, 2007 gegründet)
LPS	Libérale Partei der Schweiz (2009 Fusion mit der FDP)
LdU	Landesring der Unabhängigen (1999 aufgelöst)
EVP	Evangelische Volkspartei der Schweiz
CSP	Christlich-Soziale Partei der Schweiz
Rep.	Schweizerische Republikanische Bewegung (1971-1989), incl. Vigilance (Genf) (1971-1987)
SD	Schweizer Demokraten (bis 1990: Nationale Aktion, NA)
EDU	Eidgenössisch-Demokratische Union
FPS	Freiheits-Partei der Schweiz (bis 1994: Schweizer Auto-Partei, AP)
Lega	Lega dei Ticinesi (Tessin)

## VORWÄRTS ZURÜCK ZU NEUER KONKORDANZ

Die erwähnte Stabilität der Institutionen und die nur eingeschränkte politische Gestaltungsmöglichkeit durch Initiativen und Referenden machten der SVP-Parteileitung allerdings deutlich, dass Schmollen auf Dauer wenig zielführend ist. Bei der folgenden Ersatzwahl zum Bundesrat im Jahr 2009 kandidierte der langjährige SVP-Parteipräsident Ueli Maurer und wurde mit knapper Mehrheit in die Landesregierung gewählt. Der Anspruch der SVP als wählerstärkste Partei auf einen zweiten Bundesratsplatz blieb auf der politischen Agenda und wurde im Wahljahr 2011 erneut in den Mittelpunkt gerückt.

Tabelle 4

### Zusammensetzung des Bundesrates („Zauberformel“)

Jahr	1959	2003	2007	2008	2009	2011
FDP	2	2	2	2	2	2
CVP	2	1	1	1	1	1
SP	2	2	2	2	2	2
SVP	1	2	1	–	1	1
BDP			1*	2*	1	1

(\*) 2007/2008 schloss die SVP ihre Bundesräte Widmer-Schlumpf und Schmid aus der SVP-Bundeshausfraktion aus, die in der Folge der neu gegründeten BDP beitraten.

Quelle: Bundesverwaltung, <http://www.admin.ch/br/dokumentation/mitglieder/departementsvorsteher/index.html> [13.02.2012].

Bei der Wahl 2011 waren die spannenden Fragen, ob die SVP von den Turbulenzen der vergangenen Legislatur profitieren würde, ob die anderen Parteien für die Abwahl Blochers vom Wähler abgestraft würden und ob die neugegründete BDP bei den Wahlen reüssieren würde. Würde die Konkordanz nach diesen Turbulenzen überleben können?

Tabelle 5

**Die Mitglieder des Bundesrates 2012: Herkunft, Amtsdauer und aktuelles Ressort**

	Kanton	Partei	Amtszeit	Departement
Doris Leuthard	AG	CVP	2006 –	UVEK (Umwelt)
Eveline Widmer-Schlumpf	GR	BDP	2007 –	EFD (Finanzen)
Ueli Maurer	ZH	SVP	2008 –	VBS (Verteidigung)
Didier Burkhalter	NE	FDP	2009 –	EDA (Auswärtiges)
Simonetta Sommaruga	BE	SP	2010 –	EJPD (Justiz)
Johann Schneider-Ammann	BE	FDP	2010 –	EVD (Volkswirtschaft)
Alain Berset	FR	SP	2011 –	EDI (Inneres)

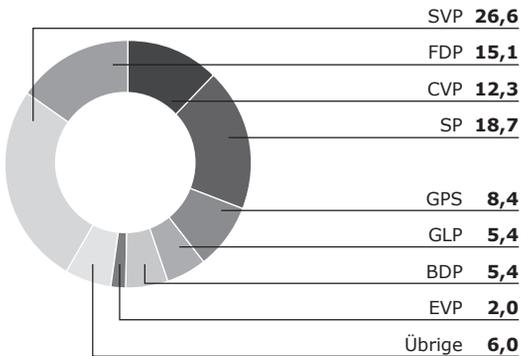
Quelle: Bundesverwaltung, <http://www.admin.ch/br/dokumentation/mitglieder/departementsvorsteher/index.html> [13.02.2012].

Anfang 2011 deutete vieles zunächst auf ein weiteres Erstarken der SVP hin. Im Kanton Bern gewann die SVP eine Ersatzwahl in den Ständerat, so dass viele Beobachter auf erneute SVP-Zugewinne setzten. Für die Wähler geht es aber nicht nur um Personen, Parteien und „Revanche“. Im Lauf des Jahres 2011 rückten politische Themen in den Vordergrund, wie beispielsweise die Atomkatastrophe von Fukushima in Japan.

Die Regierung (Bundesrat) reagierte überraschend schnell mit einem Beschluss zum Atomausstieg und nahm so den klassischen Grünen (GPS) ihr zentrales Wahlkampfthema, denen es in der Folge kaum gelang, ihre Wähler zu mobilisieren. Hauptprofiteur in dieser Situation war eine andere junge Partei, die Grünliberale Partei Schweiz (GLP), die 2004 als Abspaltung der Zürcher Grünen entstanden waren. Ihr Ziel ist es, eine liberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik konsequent mit einer nachhaltigen Umweltpolitik zu verbinden. Differenzen zwischen den tendenziell eher der SP nahestehenden „Melonen-Grünen“ und den bürgerlichen „Gurken-Grünen“ bestehen insbesondere in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen.<sup>13</sup>

13 | Vgl. zur Verteilung der Parteien: [http://smartvote.ch/11\\_ch\\_nr/smartmap/candidates](http://smartvote.ch/11_ch_nr/smartmap/candidates) [13.02.2012].

Abb. 4

**Parteien im Nationalrat 2001 – Wahlergebnis in Prozent**

Quelle: Bundesverwaltung, <http://www.admin.ch/br/dokumentation/mitglieder/departementsvorsteher/index.html> [13.02.2012].

Im Wahljahr 2011 zeigte sich, dass die Schweizer Wähler wechselhaft sind und frischen Wind lieben: Neue Themen und Gesichter wirken attraktiv. Davon profitierten die neuen Parteien GLP und BDP, die klassischen Bundesratsparteien FDP, CVP, SP und SVP hingegen verloren ebenso wie die inzwischen „etablierten“ Grünen von der GPS.

Die SP konnte bei den Nationalratswahlen 2011 ihre Verluste begrenzen durch den strategischen Rückzug ihrer profilierten, aber auch umstrittenen Bundesrätin, Außenministerin Micheline Calmy-Rey. Es ist ein beliebtes Spiel in der schweizerischen Politik, kurz vor oder im Wahlkampf einen Bundesrat auszuwechseln, um so im Rahmen der innerparteilichen Nachfolgediskussion bei den Wählern Aufmerksamkeit für die Partei zu erzeugen. Dies gelang, und auch die Sicherung des zweiten Bundesratssitzes für die SP war völlig unstrittig: Zum Nachfolger von Bundesrätin Calmy-Rey wurde der Freiburger Ständerat Alain Berset in die Landesregierung gewählt. Berset übernahm im Rahmen einer Ämterneuverteilung das Innendepartement, dessen bisheriger Vorsteher, Bundesrat Didier Burkhalter, ins Aussendepartement wechselte und künftig die Schweiz auf internationalem Parkett repräsentieren wird.

Tabelle 6

**Ständeratswahlen 2003-2011:  
Mandatsverteilung nach Parteien**

	2003	2007	2011
FDP	14	12	11
CVP	15	15	13
SP	9	9	11
SVP	8	7	5
GPS	–	2	2
GLP	–	1	2
BDP	–	–	1
Übrige	–	–	1

Quelle: Bundesamt für Statistik (BFS), [http://www.politik-stat.ch/srw2011CH\\_de.html](http://www.politik-stat.ch/srw2011CH_de.html) [13.02.2012].

Opfer dieser Nachfolge-Diskussion wurde im Jahr 2011 der Freisinn, der allerdings schon seit etlichen Jahren kränkelt. Der FDP gelang trotz der Fusion mit den westschweizerischen Liberalen 2011 keine Kehrtwende. Die Verluste setzten sich mangels eines überzeugenden Wahlkampfprogramms landesweit fort. Zudem wurde im Zusammenhang mit der Diskussion um die Konkordanz immer wieder betont, dass die FDP mit zwei Bundesräten rechnerisch übervertreten sei. Zwar konnte die FDP 2009 und 2010 nach den altersbedingt erfolgten Rücktritten ihrer Bundesräte zwei frische Kandidaten installieren, doch wurde in den Szenarien für die Bundesratserneuerungswahl 2011 durchaus thematisiert, dass einer der beiden FDP-Sitze bei einer eventuellen Kampfwahl doch gefährdet sein könnte. Rechnerisch war allgemein anerkannt, dass der SVP ein zweiter Bundesratssitz zustünde, allerdings war kein geeigneter SVP-Kandidat in Sicht. Am Ende zählte die FDP trotz Verlusten doch zu den Gewinnern, als sie den zweiten Bundesratssitz 2011 noch einmal glücklich sichern konnte.

Die CVP, die schon 2003 einen ihrer beiden Sitze verloren hatte, konnte 2011 ihre Position einigermaßen behaupten. Auch wenn sie mit 12,3 Prozent weiterhin nur viertstärkste Partei im Nationalrat ist, stellt sie doch in der kleinen

Kammer die meisten Ständeräte (vgl. Tabelle 6) und hat dadurch, und durch ihre moderate ausgleichende Politik, ein deutlich stärkeres politisches Gewicht als es die reinen Zahlen bei der Fraktionsstärke vorgeben. Bei der Gesamt-erneuerungswahl des Bundesrates 2011 wurde Doris Leuthard von der CVP durch die Bundesversammlung mit großer Mehrheit im Amt bestätigt. Sie leitet seit 2010 das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK).<sup>14</sup>

## RESÜMEE UND AUSBLICK

In der neuen Legislaturperiode 2011 bis 2015 stehen Parlament wie Landesregierung vor der Aufgabe, die Eidgenossenschaft vorbei an innen- wie außenpolitischen Klippen zu führen: Wie bei den europäischen Nachbarn führt auch in der Schweiz demografischer und sozialer Wandel zu innenpolitischen Veränderungen. Wirtschaftlicher Erfolg muss in einem energiepolitisch und außenwirtschaftlich veränderlichen Umfeld neu und gegebenenfalls anders als bislang gesichert werden. Die Veränderungen auf den Weltfinanzmärkten, in der Arabischen Welt, aber auch bei den direkten Nachbarn, der Europäischen Union, machen deutlich, dass die Schweiz keine Insel ist, geschweige denn eine Insel der Glückseligen. Speziell die Ausgestaltung der Beziehungen zur EU wird ein wichtiges Thema auf der politischen Tagesordnung der kommenden Jahre bleiben.<sup>15</sup>

Die Schweizer Stimmbürger haben bei den Wahlen 2011 gezeigt, dass sie trotz mancher Veränderungen im Detail grundsätzlich für Kontinuität und Stabilität sind. Politik ist naturgemäß Konfliktaustragung, doch wird am Ende von der Mehrheit der Stimmbürger ein bedächtiges Vorgehen in Konsens und Konkordanz erkennbar bevorzugt. Bei allen Wahlgängen wurde deutlich, dass die Eidgenossen Neuem aufgeschlossen, radikaler Schärfe aber abgeneigt sind. Das Resümee des Wahljahres 2011 heißt „Stärkung der Mitte“. Inwieweit das in der nun begonnenen Legislaturperiode erfolgreich ist, hängt von einem innen- wie außenpolitischen Politisieren mit Augenmaß ab.

14 | Vgl. Tabelle 5.

15 | Vgl. Burkard Steppacher, „Die EFTA-Staaten, der EWR und die Schweiz“, *Jahrbuch der Europäischen Union 2011*, Baden-Baden, 2011, 253-256, hier: 255.